



Sabine Bächle-Scholz MdL

**Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort
Ausgabe Oktober 2015**



CDU HESSEN

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen seit unserer vorherigen Ausgabe standen im Eindruck der 25. Jahrfeyer der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Feier am 03. Oktober in der Alten Oper war beeindruckend und die Rede unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck war bewegend. Daher wird die Rede als Text in dieser Ausgabe Ihnen zu Verfügung gestellt, beinhaltet sie auch die Grundsätze unseres Zusammenlebens: Die Achtung vor den Nächsten.

Andere Themen sind die aktuelle Regelung des KFA 2016 und die ansteigende Zahl der Flüchtlinge.

So wurde die erste Erstaufnahmestelle in Biebesheim eröffnet.

Vor Ort wurden mit viel Engagement die verschiedenen Sommerveranstaltungen realisiert,



insbesondere die Kerbeveranstaltungen waren wie immer ein Highlight und ich bedanke mich bei allen Freunden vor Ort für die Unterstützung. Es war sehr schön.

Ihre

Sabine Bärle-Sorag

In dieser Ausgabe:

- **Rechts- und Werteordnung - S. 2**
- **Salafisten – S. 3**
- **Haushalt 2016– S. 5**
- **Der neue Kommunale Finanzausgleich – S. 5**
- **Investition in Kommunen – S. 6**
- **Neues aus dem Finanzministerium - S. 7**
- **Hessisches Gleichberechtigungsgesetz - S. 9**
- **Aufnahme von Flüchtlingen - S. 10**
- **Flüchtlinge und Arbeitsmarkt - S. 11**
- **Rede des Bundespräsidenten - S. 12**
- **Mehr Impressionen aus dem Wahlkreis - S. 17**
- **Pressebox - S. 22**

Sabine Bächle-Scholz: „Deutsche Rechts- und Werteordnung gilt uneingeschränkt auch für Flüchtlinge“ - „Straftaten werden entschlossen bekämpft“

„Die große Zahl der Asylbewerber stellt uns vor große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können“, sagte CDU-Landtagsabgeordnete Frau Sabine Bächle-Scholz im Hessischen Landtag, anlässlich der Sondersitzung des Innenausschusses. „Was tagtäglich in Hessen geleistet wird, um Asylbewerber unterzubringen, ist ein Zeichen herausragenden Einsatzwillens vieler Freiwilliger und der Behörden. Allein die Ausweitung der Unterbringungskapazitäten in der Erstaufnahme von weniger als 600 Plätzen im Oktober 2012 auf aktuell über 18.000 zeigt die enormen Kraftanstrengungen“, so Bächle-Scholz.

Der „großen Hilfsbereitschaft“ stünden auch klare Forderungen an die Asylbewerber gegenüber: „Wer hierher kommt, dem muss unmissverständlich klar sein, dass in Deutschland die deutsche Rechts- und Werteordnung gilt. Da gibt es kein Deuteln und keinen Rabatt“, stellte Frau Bächle-Scholz fest. „Die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen, die Religions- und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau gehören ebenso unverbrüchlich zu unserer Ordnung wie das Gewaltmonopol des Staates und die Trennung von Staat und Kirche, um nur einiges zu nennen“, fuhr Sabine Bächle-Scholz fort. „Sich in unsere Rechtsordnung und die geschichtlich gewachsene Kultur unseres Landes mit Achtung und Respekt einzufügen, das dürfen wir zu Recht von jedem verlangen, der hier um Aufnahme bittet. Die gegenwärtige Herausforderung, Menschen aus fremden Kulturkreisen zu integrieren, ruft uns erneut in Erinnerung, dass Integration nur gelingen kann, wenn sie ein klares Ziel hat und sich die angestammte Bevölkerung und diejenigen, die in Deutschland Asyl finden, gleichermaßen anstrengen“, so Sabine Bächle-Scholz.

„Gewalt und ethnischen und religiösen Konflikten zwischen Asylbewerbern setzen wir unseren Rechtsstaat und unsere Werte entgegen, die wir



auch mit den Mitteln von Polizei und Justiz durchsetzen. In den Grenzen des Rechtsstaats müssen daher auch alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, kriminelle Ausländer abzuschieben“, erklärte Bächle-Scholz. Eine Trennung nach Ethnien, Herkunftsländern, Männern und Frauen könne schon aus Gründen der schieren Menge der Ankömmlinge nicht jederzeit gewährleistet werden. Langfristig könne die Trennung verschiedener Flüchtlingsgruppen ohnehin keine Lösung sein, wenn diese hier absehbar blieben. Flüchtlingen müsse deutlich gemacht werden, dass die Konflikte, die schon in ihren Heimatländern zu Krieg und Verfolgung geführt haben, in Deutschland nicht geduldet werden. „Polizei und Sicherheitsdienste leisteten bereits unverzichtbare Dienste für die Sicherheit in und um die Unterkünfte von Asylbewerbern“, dankte Sabine Bächle-Scholz den Einsatzkräften und Innenminister Peter Beuth.

„Mit dem Präventionsnetzwerk des Landes gegen Salafismus haben wir bereits Grund gelegt, um auch gegen Umtriebe von extremistischen Muslimen auch präventiv vorzugehen“, konstatiert Bächle-Scholz. Es sei klar, dass Deutschland hier vor großen Herausforderungen stehe. Bellino stimmte dem Bundespräsidenten Joachim Gauck daher zu, der mit Recht an die Grenzen der Aufnahmekapazität Deutschlands erinnert habe. Um den Zustrom zu begrenzen, müsse insbesondere verstärkt die Situation in den Herkunftsländern stabilisiert werden. „Dort müssen die Menschen eine Bleibeperspektive haben und nicht mit falschen Vorstellungen den Weg nach Europa antreten. Die Bundesregierung, Europa und die Völkergemeinschaft unternehmen hier wichtige Schritte“, sagte Sabine Bächle-Scholz. „Der Ex-

odus aus Syrien und anderen Staaten muss gestoppt werden. Hier müssen wir offen über Wege und Möglichkeiten sprechen. Denk- und Sprechverbote helfen uns ebenso wenig weiter wie Hetze und das Schüren von Ängsten. Wer, wie die CDU, die Errungenschaft offener Grenzen im Innern verteidigen wolle, der müsse die Außengrenzen wirksam schützen. Ohne Grenzen verliert Europa seine Gestalt und enden wir im Chaos.“

Schließlich gehöre auch eine konsequente Rückführung notwendig zu unserer Rechtsordnung. Bellino begrüßte die Beschlüsse des Asylkom-

promisses zwischen Bund und Ländern und das Gesetzespaket, das gestern vom Bundeskabinett verabschiedet worden sei. „Wir sehen hier ein Bündel von Maßnahmen, das helfen wird, den Anforderungen der Lage gerecht zu werden“, sagte Bächle-Scholz. Abschließend lobte er die Erfolge, die bereits jetzt bei der Rückführung in Hessen erreicht würden. „Knapp 1400 Abschiebungen und rund 2500 freiwillige Rückkehrer allein bis Mitte September 2015 sind ein Zeichen, dass der Aufenthalt von Personen, die hier nicht bleiben dürfen, konsequent beendet wird“, sagte Sabine Bächle-Scholz.

Salafisten

Hessen hat frühzeitig die Herausforderung des Salafismus erkannt und daraus Schlüsse gezogen“, sagte CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz und stellte die vielfältigen Maßnahmen vor, die im Kampf gegen den Salafismus und Islamismus unternommen werden. „Große Einmütigkeit bestand auch bei den Experten, die bei der Anhörung zum Thema Salafismus im Landtag gesprochen hatten, präventive Ansätze zu verfolgen. Hier ist Hessen im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt. Was wir in Hessen mit dem Präventionsnetzwerk gegen Salafismus im Jahr 2014 begonnen haben, steht heute Modell auch in anderen Ländern. Bereits im Jahr 2013 haben wir mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) präventive Bemühungen gegen Islamismus gebündelt. Im vergangenen Jahr wurde in Hessen als erstem Bundesland überhaupt ein spezielles Präventionsnetzwerk gegen Salafismus eingerichtet. Dafür stehen 2014 und 2015 insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung. Damit kann Deradikalisierungsarbeit geleistet werden und können Angebote geschaffen werden, in denen gefährdete jungen Menschen Anerkennung, Geborgenheit und Solidarität erfahren.“

Frau Bächle-Scholz machte deutlich, dass die Bekämpfung des Salafismus eine Querschnittsaufgabe sei. Nicht nur der Staat sei gefragt, sondern die gesamte Zivilgesellschaft. „Muslimische

Geistliche und Islamverbände sind aufgefordert, den fundamentalistischen und rückwärtsgewandten Auslegungen des Islam durch Salafisten entgegenzutreten. Die innerislamische Diskussion um das Verständnis des Islam sei von zentraler Bedeutung. Die große Mehrheit der friedliebenden Muslime kann noch stärker zu Verbündeten im Kampf gegen die Minderheit der radikalisierten Islamisten werden. Der menschenverachtende Islamismus schadet dem Ansehen des Islam und gefährdet den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land.

Wir müssen Jugendliche zu starken, selbstbewussten Persönlichkeiten bilden, die sich mit unserem Land, unserer Kultur und unseren Werten identifizieren. Je besser die Integration gelingt, je mehr die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den Köpfen verankert sind, desto besser sind junge Menschen gegen die Verführungen radikaler Prediger gewappnet“, konstatierte die CDU-Politikerin.

„Die Sicherheit in unserem Land ist ein herausragend wichtiges Gut. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass alles Notwendige und rechtsstaatlich Zulässige getan wird, um die Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten und den inneren Frieden und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu wahren. Im Bereich der klassischen Polizeiarbeit hat die CDU-geführte Koalition neben weiteren Maßnahmen:

- 13.764 Polizeivollzugsstellen erhalten,
- das Landesamt für Verfassungsschutz für die Arbeit gegen islamistischen Extremismus und Terrorismus personell verstärkt,
- zum 1.2.2015 65 zusätzliche Beamte für den Staatsschutz in den Polizeipräsidien und dem Hessischen Landeskriminalamt eingesetzt.

Ermittlungserfolge wie die Festnahme eines Paares aus Oberursel, das mutmaßlich Anschläge geplant hatte, zeigt die Wachsamkeit unserer Sicherheitsbehörden“, so Bächle-Scholz.

Die Hessische Landesregierung habe bereits zahlreiche Anstöße gegeben für gesetzgeberische Verbesserungen auf Bundesebene. „Auch diesen Initiativen ist es zu verdanken, dass wir bei der Verhinderung der Ausreise schon ein gutes Stück vorgekommen sind. Mit einer neuen Regelung für Personalausweisersatzpapiere und einer Verschärfung des Strafrechts soll künftig besser verhindert werden, dass Personen nach Syrien ausreisen und sich dort in Kampfeinsätzen weiter radikalieren.“ Viele Menschen würden fragen, weshalb man die gewaltaffinen Islamisten nicht ziehen lasse. Sabine Bächle-Scholz wies darauf hin, dass jeder Islamist

mit deutscher Staatsbürgerschaft nach seiner Rückkehr noch verrohter und gefährlicher sei. „Das ist der entscheidende Grund, weshalb wir uns für Ausreiseverhinderung einsetzen. Wir wollen aber auch, dass Islamisten mit doppelter Staatsbürgerschaft leichter die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann. Wir machen uns daher stark für eine Veränderung der bundesgesetzlichen Regelungen“, betonte sie. „Außerdem kann gegen Unterstützer des islamistischen Terrors noch wirksamer mit den Mitteln des Strafrechts vorgegangen werden. Auch dafür setzen wir uns ein“, sagte die CDU-Abgeordnete.

Bei alledem sei aber auch klar, dass es in einem freiheitlichen Staat schlechterdings keine absolute Sicherheit gegen die Taten einzelner Extremisten geben könne. „Wir wollen auch angesichts der Herausforderungen des Islamismus gemeinsam unsere Freiheit und das friedliche Miteinander der Religionen stärken und verteidigen. Allen muss unmissverständlich klar sein: Islamismus und Salafismus gehören nicht zu Hessen und nicht zu Deutschland“, betonte Bächle-Scholz.



Zuverlässig gestalten wir auch den Haushalt für das kommende Jahr. Der Haushaltsplan für 2016 ist Ausdruck einer durchgängigen soliden, nachhaltigen und generationsübergreifenden Finanzpolitik. Die Netto-Neuverschuldung wird konsequent weiter gesenkt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit auch für die kommenden Generationen zu bewahren. Gleichzeitig eröffnen wir mit großen Investitionen in Bildung und Forschung Perspektiven für die Zukunft“, stellt die CDU-Abgeordnete Sabine Bächle-Scholz, anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2016 fest.

Der aktuelle Haushaltsplanentwurf sieht eine Reduzierung der Netto-Kreditaufnahme von aktuell 730 Millionen Euro auf unter 600 Millionen Euro in 2016 vor. Das ist insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, die insbesondere mit den stark gestiegenen Flüchtlingszahlen einhergehen, keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Zudem werde der Landeshaushalt auch im kommenden Jahr durch hohe Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches belastet. Anfang dieses Jahres ist Hessen höchster Pro-Kopf-Zahler im Länderfinanzausgleich gewesen, insgesamt seien 1,76 Milliarden Euro für dieses Jahr eingeplant. Im nächsten Jahr werde die Summe auf 1,89 Milliarden Euro steigen und damit erneut deutlich über der Netto-Neuverschuldung Hessens liegen. Eine erhebliche strukturelle Entlastung des Landes bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist unbedingt notwendig.

Ferner werden die Zahlungen an die Kommunen in 2016 gegenüber dem aktuellen Jahr um fast 10 Prozent steigen. Hierzu werden unter anderem die Mittel aus dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zählen, der im nächsten Jahr erstmalig angewendet wird. Der neue Kommunale Finanzausgleich bringt unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden strukturelle Verbesserungen durch die Finanzausstattungsgarantie des Landes zugunsten der Kommunen. Die hessischen Kommunen werden 2016 insgesamt über 4,3 Milliarden Euro KFA-Mittel erhalten – so viel wie noch nie.

Besondere Schwerpunkte sind bei der Bildung,



Foto: Christiane Lang

Forschung und Sicherheit: In den Hochschulbereich werden wir im nächsten Jahr über 2,1 Milliarden Euro investieren. Trotz des Rückgangs der Schülerzahlen werden in Hessen – anders als in anderen Bundesländern – weiterhin keine Lehrerstellen abgebaut. Auch im nächsten Jahr ist der Polizeivollzug von Kürzungen im Personalbereich ausgenommen und wird 2016 sogar durch zusätzliche Stellen weiter gestärkt. Außerdem werden die Mittel für Prävention und Extremismusbekämpfung erhöht. Ferner bleibt die 30-Millionen-Euro-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz bestehen“, stellt Frau Bächle-Scholz heraus.

In den nächsten Wochen werden die parlamentarischen Beratungen zum Haushaltsplanentwurf erfolgen. Dabei wird geprüft, inwieweit Anpassungen an den aktuell für 2016 vorliegenden Planwerten notwendig sind, um auf die aktuellen Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Bevor der Haushaltsplan im Dezember beschlossen wird, würden die zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse im parlamentarischen Verfahren berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere die Novembersteuerschätzung, die Prognosen der Flüchtlingszahlen und die vom Bund für 2016 zu erwartenden zusätzlichen Mittel.

Das Ziel ist es, spätestens 2019 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Mit der erneuten Reduzierung der Netto-Kreditaufnahme bremsen wir gezielt die Verschuldung und kommen einem ausgeglichenen Haushalt wieder einen wichtigen Schritt näher“, sagt Sabine Bächle-Scholz.

Eine Milliarde Euro für Investitionen in den Kommunen – „Land schnürt Paket zugunsten aller hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden“

Sabine Bächle-Scholz: „Wir stehen partnerschaftlich an der Seite der hessischen Kommunen. Mit dem Kommunalinvestitionsprogramm schnüren wir ein großes Paket, mit dem wir gezielt unsere Kommunen unterstützen. Dabei haben wir alle hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden im Blick und ermöglichen Investitionen in den Kommunen von insgesamt einer Milliarde Euro.“ Dies sagte Frau Bächle-Scholz anlässlich der Ankündigung der CDU-geführten Landtagesregierung, ein Hessisches Kommunalinvestitionsprogramm aufzustellen, das Zahlungen des Landes, des Bundes und einen eigenen Anteil der Kommunen vereint.

Das Programm ermögliche den hessischen Kommunen Investitionen in vielen Bereichen. So könne beispielsweise in den Bau bezahlbarer Wohnungen investiert, Schulen energetisch saniert und Ganztagschulen ausgebaut, Investitionen in schnelles Internet getätigt, Krankenhäuser modernisiert, Straßen saniert sowie sonstige kommunale Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden. Damit werde die positive Entwicklung der Kommunalfinanzen in Hessen zusätzlich vom Land unterstützt und zugleich werden sinnvolle Investitionen ermöglicht. Der Landkreis Groß-Gerau und seine kreisangehörigen Gemeinden erhalten insgesamt über 22 Millionen Euro aus dem

Programmpaket. Die Koalitionsfraktionen werden noch in diesem Monat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einbringen.

Analog zum damaligen Konjunktur- und Landesinvestitionsprogramm stellt das Land den Kommunen Mittel für Investitionen im Rahmen eines Darlehensprogramms der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zur Verfügung. Diese Darlehen sind zehn Jahre zinsfrei, da das Land die Zinsen für die Kommunen in diesem Zeitraum trägt. Zudem übernimmt das Land beispielsweise im Landesprogramm für kommunale Infrastruktur zu 80 Prozent die Tilgung des Darlehens für die jeweilige Kommune. Weitere Informationen zum Hessischen Kommunalinvestitionsprogramm können unter www.partnerderkommunen.de abgerufen werden.

„Das Land hilft den hessischen Kommunen, indem es die vom Bund für kommunale Investitionen in Hessen bereitgestellten rund 317 Millionen Euro durch eigene Landesmittel sinnvoll ergänzt, deren Volumen noch über die Bundesmittel hinausgehen. Durch die vom Land für die hessischen Kommunen vorgesehene Unterstützung wird ein beachtliches Programmvolumen erreicht. Dabei können die Kommunen vor Ort selbst entscheiden, in welchen Bereichen sie im Rahmen des Programms die insgesamt eine Milliarde Euro in die Zukunft investieren“, sagte Sabine Bächle-Scholz mit Blick auf die vielfältigen Investitionsmöglichkeiten, die das Kommunalinvestitionsprogramm vorsieht.

KOMMUNALINVESTITIONSPROGRAMM HESSEN PAKT 'S AN!

Mit dem Hessischen Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) von 1 MILLIARDE EURO schnüren wir ein nie dagewesenes Paket zur Unterstützung unserer Kommunen. Hier geht 's zum Video des Finanzministeriums:



Finanzminister Schäfer veröffentlicht Planungsdaten für 2016 Kreisgebiet gewinnt über 11 Millionen Euro

„Der KFA2016 ist ein Gewinn für Hessens Kommunen. Die Planungsdaten für das kommende Jahr zeigen: 371 Kommunen bekommen durch das neue System mehr Geld, als ihnen nach alter Rechtslage zugestanden hätte. Das sind 83 Prozent aller Kommunen in unserem Land.“ Diese Bilanz stellte Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer heute bei der Veröffentlichung der Planungsdaten für das erste Jahr des neuen KFA2016 vor – der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs, die ab 2016 gilt.

„Getreu der alten Fußballerweisheit ‘Was zählt ist auf’m Platz` zählen jetzt nach viel Arbeit, reichlich Diskussionen und einigen Modellrechnungen die tatsächlichen Zahlen und die sprechen eine deutliche Sprache: Mit fast 4,4 Milliarden Euro erreicht der Kommunale Finanzausgleich ein Rekordniveau und er stellt die überwältigende Mehrheit der Kommunen finanziell noch besser als vorher“, so der Finanzminister. „Der KFA2016 ist klar, fair und ausgewogen. Das hatte ich zu Beginn des Reformprozesses versprochen und das habe ich gehalten.“

Planungsdaten für den Kreis Groß-Gerau

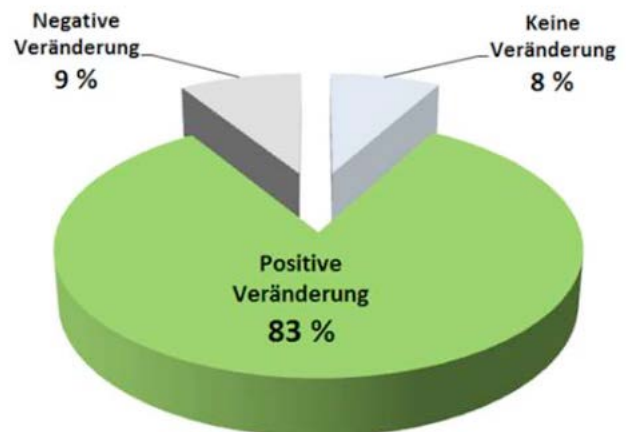
„Der Kreis Groß-Gerau profitiert deutlich von der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs. Die Region und ihre Bürgerinnen und Bürger können sich der dauerhaften Unterstützung durch das Land sicher sein. Die Planungsdaten zeigen, dass das kein bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern sich in den Kassen der Kommunen positiv bemerkbar macht“, erklärte Schäfer. Er stellte die Planungsdaten für mehrere südhessische Kreise bei einer Pressekonferenz in Darmstadt vor.

Die Zahlen machen die Veränderungen deutlich, die mit dem neuen KFA2016 einhergehen. Stellt man gegenüber, wie viel Geld 2016 nach alter Rechtslage fließen würde und wie viel tatsächlich dank des neuen KFA2016 fließt, gilt folgendes Ergebnis:

- Der Landkreis Groß-Gerau gewinnt durch den KFA2016 hinzu: + 2.624.233 Euro.
- Auch die kreisangehörigen Kommunen gewinnen: + 8.629.756 Euro.
- Insgesamt bringt der KFA2016 dem Kreisgebiet damit einen Gewinn von:
+ 11.253.989 Euro.

Der KFA2016 in hessenweiten Zahlen

83 Prozent der hessischen Kommunen gewinnen durch die Neuregelung, bei 8 Prozent ergibt sich keine Veränderung. Das sind nochmals deutliche Verbesserungen gegenüber bisherigen Modellrechnungen, die eine Verbesserung für 66 Prozent und gleichbleibende Zahlungen für 25 Prozent gesehen hatten. Lediglich 9 Prozent der hessischen Kommunen erhalten im kommenden Jahr durch den KFA2016 weniger als ihnen die alte Rechtslage gebracht hätte. Dabei handelt es sich insbesondere um die abundanten Städte und Gemeinden, also jene Kommunen, die sich durch eine überdurchschnittliche Steuerkraft auszeichnen. Sie zahlen erstmals im Jahr 2016 die Solidaritätsumlage zugunsten ärmerer Kommunen.



Solidarität mit Augenmaß

29 Städte und Gemeinden sind 2016 abundant. Zusammen zahlen sie 85 Millionen Euro Solidaritätsumlage. „Wer über die Maßen mehr hat als andere, der soll zu Recht ärmeren helfen. Das ist ein Gebot der Solidarität“, so Finanzminister Schäfer. „Wer mehr hat als andere, soll aber auch mehr als andere

behalten dürfen. Wir machen daher eben nicht den Fehler, gegen den wir im Länderfinanzausgleich zu Recht klagen. Dort wird uns so viel genommen, dass sich andere von unserem Geld Sachen leisten, die wir den Hessen nicht mehr bieten können. Im KFA2016 fordern wir von den reichen Kommunen daher Solidarität mit Augenmaß. Wer die Solidaritätsumlage für ärmere Kommunen zahlt, ist danach immer noch um durchschnittlich 34 Prozent reicher als der Schnitt der nichtabundanten Kommunen. Auch bei der Solidaritätsumlage stützen wir uns übrigens auf das, was wie eine Bedienungsanleitung für den KFA2016 immer aufgeschlagen neben uns liegt: das Urteil des Staatsgerichtshofs.“

Unterstützung für Flüchtlingshilfe

„Wie wichtig gelebte Solidarität ist und wie gerne die Hessinnen und Hessen sie zeigen, sehen wir derzeit beim gemeinsamen Anpacken so vieler in der Flüchtlingshilfe. Was hier geleistet wird, ist außerordentlich. Das gilt für Ehrenamtliche genauso wie für Verantwortliche in Bund, Land und Kommunen. Verantwortlich sein ist das eine, sich verantwortlich fühlen und danach handeln, das andere“, bedankte sich Schäfer. „Klar ist aber auch, dass es mit Engagement und Herzblut allein nicht getan ist. Deshalb wollen wir auch mit dem KFA2016 den kommunalen Haushalten in dieser Frage helfen. Darauf kann sich die Kommunale Familie in Hessen verlassen. Neben all den anderen Anstrengungen des Landes stehen über den KFA2016 im kommenden Jahr bis zu 25 Millionen Euro weitere Unterstützung bereit.“

Sie werden als so genannte außerordentliche Zuweisung aus Landesmitteln gewährt und stehen allen Kommunen zu, in denen Flüchtlinge untergebracht sind - sei es im Rahmen des Erstaufnahmeverfahrens oder durch Zuweisungen nach dem Landesaufnahmegesetz. Flüchtlinge sind Einwoh-

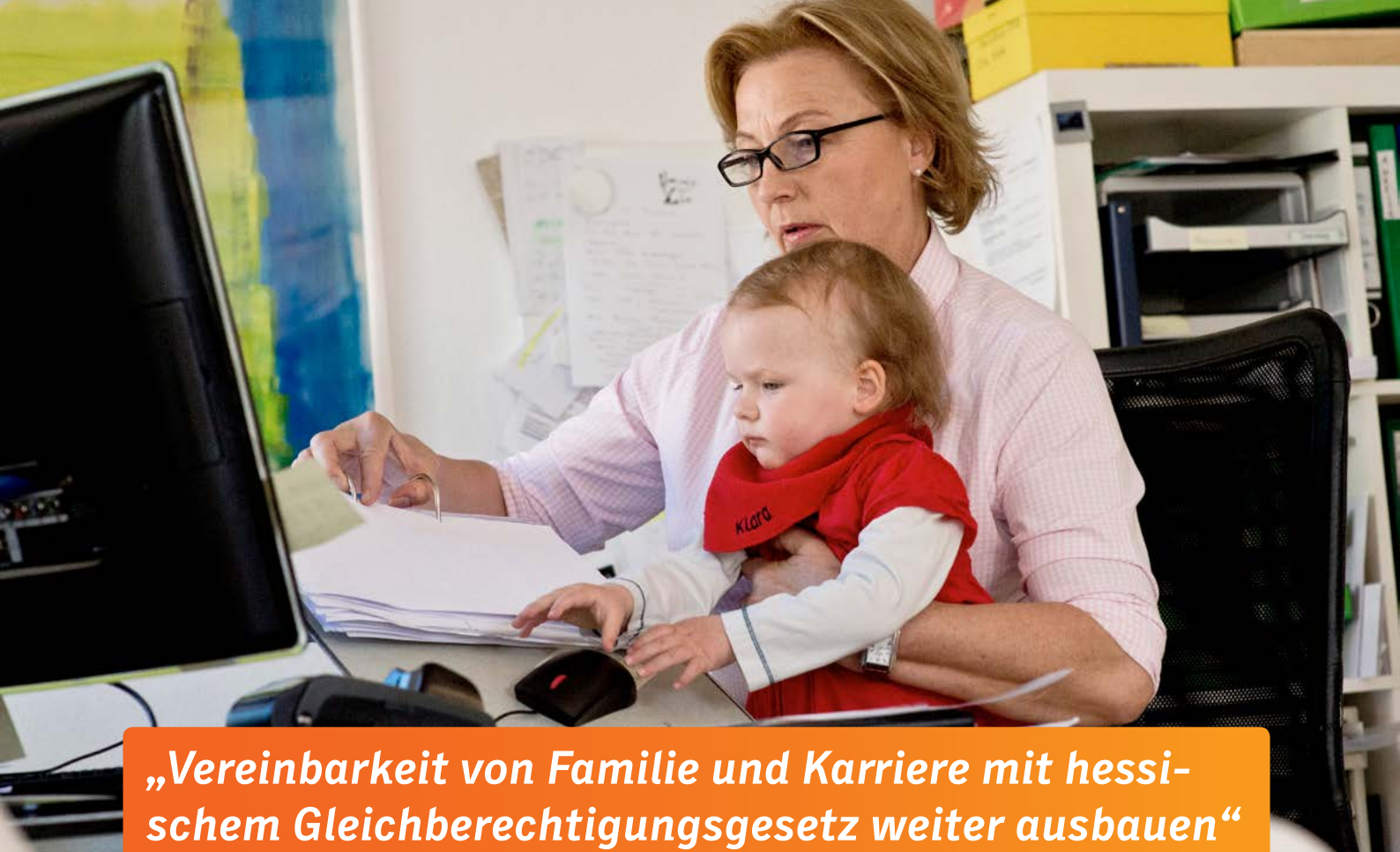
ner und führen im Kommunalen Finanzausgleich grundsätzlich zu höheren Zuweisungen. Die stark ansteigenden Flüchtlingszahlen aus dem laufenden Jahr würden sich 2016 allerdings noch nicht im Finanzausgleich auswirken, da mangels anderer Daten jeweils die Einwohnerstatistik des Vorjahres – für 2016 also die Einwohnerzahl zum 31.12.2014 – maßgeblich ist. Dazu Schäfer: „Die Menschen sind da, die Statistik hinkt hinterher. Da helfen wir schnell und pragmatisch.“

Partner der Kommunen – Bundesweit einmaliger Dreiklang

„Der KFA2016 ist wichtiger Teil unseres bundesweit einmaligen Dreiklangs zugunsten der Kommunen: Kommunen entschulden, sie dauerhaft klar, fair und ausgewogen finanzieren und ihnen Investitionen ermöglichen. So verstehen wir uns als Partner der Kommunen“, erklärte der Finanzminister. „Mit dem Kommunalen Schutzschild in einer Größenordnung von 3,2 Milliarden Euro greifen wir besonders bedürftigen Kommunen finanziell unter die Arme und nehmen ihnen nicht nur einen Teil der Schuldenlast ab, sondern zeigen auch Wege hin zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt auf. Durch das Kommunalinvestitionsprogramm des Landes geben wir nicht nur die Bundesmittel in Höhe von rund 320 Millionen Euro ungeschmälert weiter, sondern stocken diese durch Landesmittel auf ein Fördervolumen von über 1 Milliarde Euro auf. Besonders wichtig dabei ist, dass entgegen der Regelungen im Bundesprogramm nicht nur besonders finanzschwache, sondern alle hessischen Kommunen profitieren und die Verwendungszwecke deutlich ausgeweitet wurden. Vervollständigt wird der Dreiklang durch den KFA2016. Mit ihm sorgen wir für ein dauerhaft hohes Niveau kommunaler Einnahmen. Die Planungsdaten für 2016 zeigen das eindrucksvoll“, so Schäfer.



KFA 2016
klar.fair.ausgewogen.



„Vereinbarkeit von Familie und Karriere mit hessischem Gleichberechtigungsgesetz weiter ausbauen“

„Konsequente Frauenförderung in Hessen durch gleiche Verwirklichungschancen“

„Ich begrüße die weitestgehend positiven Bewertungen der Experten bei der heutigen Anhörung zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz. Die Zustimmung der Experten ist eine Bestätigung, dass wir in dem Regelungsbereich den richtigen Weg gehen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Vermeidung von jeder Form der Diskriminierung sind unser gemeinsames Ziel - sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch sonst in unserer Gesellschaft. Mit diesem Entwurf stärken wir Frauen in der öffentlichen Verwaltung und leisten einen wichtigen Beitrag zur konsequenten Frauenförderung in Hessen. Wir erleichtern maßgeblich den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen und die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Karriere. Weiterhin stärken wir die Rolle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Die Regierung wird den Weg der gezielten Personalentwicklung entschlossen weitergehen und damit den Anteil von Frauen in allen Bereich sukzessive weiter steigern. Gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männer auf allen politischen und beruflichen Ebenen und

in allen gesellschaftlichen Bereichen sind uns besonders wichtig“, sagte die CDU-Abgeordnete Sabine Bächle-Scholz.

„Der schwarz-grüne Entwurf sichert in Hessen gleiche Chancen für Frauen und Männer sich im öffentlichen Dienst selbstbestimmt zu verwirklichen. Gerade Frauen leisten neben Beruf und Karriere wichtige Aufgaben in der Familie. Die bessere Anerkennung der Familienaufgaben bildet deshalb einen weiteren Schwerpunkt im Gesetzentwurf. Die Übernahme der Betreuung von mindestens einem Kind unter 18 Jahren und pflegebedürftigen Angehörigen darf kein Hemmnis mehr für die berufliche Weiterbildung sein. Flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeit- und Telearbeit ermöglichen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die öffentliche Verwaltung wird damit familienfreundlicher und sichert Frauen und Männern mit Familie eine langfristige Wiedereinstiegs- und Beschäftigungsperspektive. Der öffentliche Dienst soll dabei Vorbild für hessische Unternehmen sein, die Gleichberechtigung von Frau und Mann weiter voranzubringen“, so Bächle-Scholz.

Aufnahme von Flüchtlingen

„Ohne Außengrenzen verliert Europa seine Gestalt und seine Ordnung“

„Wir stehen vor großen Herausforderungen, die wir gemeinsam meistern können“, stellt Sabine Bächle-Scholz, zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema Asyl, fest. „Was in den vergangenen Monaten von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Helfern geleistet wurde und tagtäglich in Hessen geleistet wird, um unserer Verantwortung für Asylbewerber gerecht zu werden, ist ein Zeichen unbedingten Einsatzwillens und der Solidarität mit den Menschen, die zu uns kommen. Allein die Ausweitung der Unterbringungskapazitäten in der Erstaufnahme von weniger als 600 Plätzen im Oktober 2012 auf aktuell über 18.000 belegt, zu welchen Kraftanstrengungen wir willens und fähig sind. Darauf können wir zu Recht stolz sein“, so Bächle-Scholz.

„Wir können die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam meistern. Gemeinsam in Europa, gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Der Asylkonvent, den der Hessische Ministerpräsident einberufen hat, ist daher der richtige Weg“, betonte Boddenberg und dankte der Hessischen Landesregierung, den Kommunen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und den vielen ehrenamtlichen Helfern für ihr herausragendes Engagement bei der Bewältigung des großen Zustroms Asylsuchender. „Wir haben einen Plan, wie wir mit dieser schwierigen Situation umzugehen haben und wir werden uns um die Menschen kümmern, die in unserem Land Schutz suchen. Unser Ziel ist es, diesen Menschen in Hessen eine neue Heimat zu geben und sie an unserem alltäglichen Leben teilhaben zu lassen. Das ist gelebte Integration.“

Die CDU-Politikerin stellt klar, dass aber auch die Sorgen der Menschen hierzulande nicht aus den Augen verloren werden dürften. Dazu gehörten etwa die Sorgen vor dem Einfluss fremder Kulturen, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Sorge, ob genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei und die Entwicklung der Finanzen in den öffentlichen Haushalten. „Ich habe zwar Verständnis für alle Menschen, die sich aufgrund der Situation

in ihrer jeweiligen Heimat ein besseres Leben wünschen und deshalb in unserem Land ihre Chancen suchen wollen. Wir müssen aber deutlich sagen, dass Europa, Deutschland und Hessen nicht alle Menschen aufnehmen können, denen es schlechter geht als uns. Das würde uns überfordern und kann nicht die Lösung sein. Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren, die aufgrund politischer Verfolgung zu uns kommen und Anspruch auf Asyl haben“, sagte Sabine Bächle-Scholz. „Der große Einsatz für die Unterbringung der Flüchtlinge und für die Integration der Asylsuchenden, die absehbar nicht in ihre Heimat zurückkehren können und längere Zeit bei uns bleiben werden, ist daher genauso wichtig, wie die konsequente Rückführung derjenigen, die keine Bleibeperspektive haben. Auch hier beweist die Landesregierung Handlungsfähigkeit“, kommentiert Sabine Bächle-Scholz. 1289 Personen seien allein bis Ende August im laufenden Jahr abgeschoben worden; hinzu kämen 2083 freiwillige Ausreisen im selben Zeitraum, Tendenz weiter steigend.

Die Öffnung der Grenzen in Europa sei eine große Errungenschaft. Offene Grenzen im Innern erforderten aber auch sichere Außengrenzen. „Ohne Außengrenzen verliert Europa seine Gestalt und seine Ordnung“, sagte Boddenberg. Der CDU-Fraktionsvorsitzende stellte sich auch hinter die jüngsten Notmaßnahmen der Bundesregierung, an der Bundesgrenze zu Österreich Kontrollen durchzuführen, um zu einem kontrollierten Verfahren zurückzukehren. Dies habe Deutschland eine Atempause verschafft. Sabine Bächle-Scholz betonte die Notwendigkeit, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern verstärkt zu bekämpfen. „Wir müssen alles tun, die Herkunftsländer der Flüchtlinge und ihre Nachbarstaaten zu stabilisieren, damit dort ein menschenwürdiges Leben möglich ist und die Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat finden“, sagte Bächle-Scholz. Es sei daher ernsthaft zu überlegen, welche Maßnahmen in Syrien, Irak und darüber hinaus in Afrika erforderlich seien, um den Exodus aus diesen Regionen zu stoppen. „All das stellt uns vor gewaltige Herausforderungen, die wir durch konsequentes Handeln und durch eine offene Debatte über Lösungen für diese Krisenregionen bewältigen können und werden“, erklärte Bächle-Scholz.

Flüchtlinge und Arbeitsmarkt

Als einen „wichtigen Beitrag in einer komplexen Diskussion“ hat heute in Wiesbaden die CDU-Abgeordnete Frau Sabine Bächle-Scholz, die Vorschläge der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände e.V. (VhU) zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bezeichnet: „Die Integration der Menschen, die aus den unterschiedlichen Regionen und Kulturen der Welt zu uns kommen, ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit von Hessen. Integration bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft und Verantwortung für unser Land, dies ist für jeden Einzelnen sowohl Chance als auch Auftrag. Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt eine Öffnung auf beiden Seiten voraus. Integration ist ein Prozess, der allen etwas abverlangt, auch den Unternehmen. Insbesondere müssen aber auch Fragen des gesetzlichen Rahmens wie auch etwaiger bürokratischer Hindernisse unmittelbar in Angriff genommen werden, um diese Integration zu erleichtern. Dazu wurden heute gute Vorschläge vorgestellt. Arbeitsplätze bedeuten immer auch eine Zukunftsperspektive, für die bereits hier lebenden Menschen ebenso wie für die zu uns kommenden Menschen, das muss im Zentrum stehen.“ Wichtig sei es vor allem, bereits beim Stellen des Asylantrages die Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen zu erfassen, um sie schnell passend weiterqualifizieren oder in Praktika, Ausbildung und Beschäftigung bringen zu können.

„Ich kann nachvollziehen, dass insbesondere die deutsche Industrie und die großen Unternehmen ihre Chancen sehen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dabei dürfen jedoch nicht die vielen kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Blick geraten, die sich umfangreiche Integrationsprogramme nicht leisten können. Gerade hier muss die staatliche Unterstützung an-

setzen. Dies muss jedoch in einer gemeinsamen Anstrengung mit den großen Unternehmen erfolgen. Die Unternehmen, die abwarten, bis die zu uns kommenden Flüchtlinge schließlich als fertiges Ergebnis staatlicher Bemühungen vor ihren Werktoeren zur Arbeitsaufnahme abgestellt werden, werden das Nachsehen haben“, erklärte die CDU-Politikerin.

Sabine Bächle-Scholz warnte in diesem Zusammenhang auch vor zu großer Euphorie „Es wird nur in Einzelfällen eine reibungslose Eingliederung in den Erwerbsprozess möglich sein. Häufig stehen dem mangelnde Sprachkenntnisse entgegen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist jedoch der wichtigste Bestandteil zur Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft. Auch der Inhalt der im Ausland erworbenen Abschlüsse entspricht in vielen Fällen, nicht den entsprechenden Anforderungen an das Ausbildungsbild, wie sie hier in Deutschland gelten. An dieser Stelle müssen wir mit Informations- und Ergänzungsangeboten, Beratung und gegebenenfalls Sprachförderung zur beruflichen Integration ansetzen, um hohe soziale Folgekosten zu vermeiden.“

Die CDU-Politikerin wies nochmals darauf hin, dass im Landeshaushalt 2015 für das Thema Asyl rund 384 Millionen vorgesehen seien. Eine Vereinfachung gegenüber 2012. Für 2016 seien sogar 630 Millionen vorgesehen: „Wir haben einen Plan, wie wir mit dieser schwierigen Situation umzugehen haben und wir werden uns um die Menschen kümmern, die in unserem Land Schutz suchen. Unser Ziel ist und bleibt es, diesen Menschen in Hessen eine neue Heimat zu geben und sie an unserem Alltag teilhaben zu lassen. Das ist gelebte Integration und die beste Versicherung gegeben die Entstehung von Parallelgesellschaften“, so Bächle-Scholz abschließend.



Rede vom Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt „25 Jahre Deutsche Einheit“

Der Tag der Deutschen Einheit. Das ist für unser Land seit 25 Jahren ein Datum der starken Erinnerungen, ein Anlass für dankbaren Rückblick auf mutige Menschen. Auf Menschen, deren Freiheitswille Diktaturen ins Wanken brachte, in Danzig, Prag und Budapest. Auf Menschen auch in Leipzig, Plauen und so vielen anderen Orten der DDR, die mit der Friedlichen Revolution die Vereinigung beider deutscher Staaten überhaupt erst vorstellbar werden ließen. Ich begrüße mit besonderer Freude diejenigen unter uns, die damals dabei waren. Wir wären heute nicht hier, wenn Sie damals nicht aufgestanden wären!

Am 3. Oktober denken viele von uns an den Klang der Freiheitsglocke, an die Freudentränen nicht nur vor dem Reichstag, an die Aufbruchsstimmung, die uns beherrschte, ja: an großes Glück.

Aber in diesem Jahr ist doch manches anders. So mancher fragt: Warum zurückblicken? Hat die Bundesrepublik momentan nicht drängendere Probleme, drängendere Themen als dieses Jubiläum? Was können wir feiern in einer Zeit, in der hunderttausende Männer, Frauen und Kinder bei uns Zuflucht suchen? Einer Zeit, in der wir vor so immensen Aufgaben für unsere Gesellschaft stehen?

Meine Antwort darauf lautet, ganz einfach: Es gibt etwas zu feiern. Die Einheit ist aus der Friedlichen Revolution erwachsen. Damit haben die Ostdeutschen den Westdeutschen und der ganzen Nation ein großes Geschenk gemacht. Sie hatten ihre Ängste überwunden und in einer kraftvollen Volksbewegung ihre Unterdrücker besiegt. Sie hatten Freiheit errungen. Das erste Mal in der deutschen Nationalgeschichte war das Aufbegehren der Unterdrückten wirklich von Erfolg gekrönt. Die Friedliche Revolution zeigt: Wir Deutsche können Freiheit.

Und so feiern wir heute den Mut und das Selbstvertrauen von damals. Nutzen wir diese Erinnerung als Brücke. Sie verbindet uns mit einem Erfahrungsschatz, der uns gerade jetzt bestärken kann. Innere Einheit, so machen wir uns klar, innere Einheit entsteht, wo wir sie wirklich wollen und uns dann ganz



bewusst darum bemühen. Innere Einheit entsteht, wenn wir uns auf das Machbare konzentrieren, statt uns von Zweifeln oder Phantastereien treiben zu lassen. Und innere Einheit lebt davon, dass wir im Gespräch darüber bleiben, was uns verbindet und was uns verbinden soll.

Auch 1990 gab es die berechtigte Frage: Sind wir der Herausforderung gewachsen? Auch damals gab es – wir haben es schon gehört – kein historisches Vorbild, an dem wir uns orientieren konnten. Und trotzdem haben Millionen Menschen die große nationale Aufgabe der Vereinigung angenommen und Deutschland zu einem Land gemacht, das mehr wurde als die Summe seiner Teile.

Für mich steht die positive Bilanz im 25. Jahr der Deutschen Einheit außer Frage. Auch wenn es zuweilen Enttäuschungen gab, wenn Wirtschaftskraft und

Löhne nicht so schnell gewachsen sind, wie die meisten Menschen in Ostdeutschland hofften, und wenn die finanzielle Förderung länger währt, als die meisten Westdeutschen wünschen, so ist doch gewiss:



Die große Mehrheit der Deutschen, gleichgültig woher sie stammen, fühlt sich in diesem vereinten Land angekommen und zuhause. Die Unterschiede sind kleiner geworden und besonders in der jungen Generation, da sind sie doch eigentlich gänzlich verschwunden. Deutschland hat in Freiheit zur Einheit gefunden – politisch, gesellschaftlich, langsamer auch wirtschaftlich und mit verständlicher Verzögerung auch mental.

Es ist wieder zusammengewachsen, was zusammengehörte – Willy Brandt hat Recht behalten. Allerdings war der Prozess der Vereinigung deutlich schwieriger, als die meisten in der Euphorie vor 1989/90 glaubten. Beide Seiten hatten sich ihre Eindrücke vom „Drüben“ ja lange nur aus der Ferne gemacht. Als wir einander schließlich direkt in Augenschein nehmen konnten, da waren viele Menschen überrascht, einige auch erschrocken. „Alles marode“, sagten die einen. „Alles Show“, fanden die anderen.

Eins stimmt natürlich: Noch hat der Osten das wirtschaftliche Niveau des Westens nicht erreicht. Gleichwohl, das Bild vom maroden Osten ist inzwischen Vergangenheit. Der äußere Wandel ist überdeutlich in Vorher-Nachher-Bildern darstellbar: hunderttausende von Eigenheimen, sanierte Straßen, Dörfer, Städte, gerettete Baudenkmäler und Kulturstätten, saubere Flüsse und Seen. All die runderneuten Landstriche, sie geben Anlass zur Freude. Sie sind Zeugnisse einer großen gemeinsamen Anstrengung und Belege dafür, dass auch die Westdeutschen die Einheit als gesamtdeutsche Aufgabe angenommen haben, zeigten sie sich doch von Anfang an solidarisch mit jenen, von denen sie über Jahrzehnte getrennt worden waren.

Ich kann und will dies am heutigen Festtag nicht für selbstverständlich nehmen, sondern ich will es würdigen, ausdrücklich und dankbar.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns außerdem bewusst machen, dass auch die Westdeutschen den Ostdeutschen ein Geschenk gemacht haben: mit dem Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt, die Grundrechte sichert, mit einer funktionierenden Demokratie, einer unabhängigen Justiz und einem sozialen System, das die Schwachen auffängt.

Allerdings hat die Einheit den meisten Westdeutschen im täglichen Leben wenig abverlangt, den Ostdeutschen dagegen mit einem enormen Transformationsdruck sehr viel. Das neue Leben im Osten brachte ja nicht nur volle Einkaufsregale, schnelle Autos und bunte Reisekataloge. Es brachte auch die massenhafte „Abwicklung“ sogenannter volkseigener Betriebe, brachte damit Massenarbeitslosigkeit und Massenabwanderung. Leere Werksgelände, leere Plattenbauten, leere Schulklassen – all das hinterließ seelische Spuren. Selbst für die Jüngsten von damals, die sich heute als „Wendekinder“ bezeichnen, sind dies prägende Erinnerungen, sie sind in ihrem Gedächtnis geblieben.

Für 16 Millionen Menschen änderte sich in kürzester Zeit fast alles. Aber manches – gemessen an den großen Hoffnungen – eben nicht schnell genug. Erst allmählich wurde klar, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse und Mentalitäten in Ost und West eine Aufgabe, ein Prozess von Generationen – ja: Plural! – sein würde.

Schmerzlich mussten wir im Osten erfahren, dass wir Demokratie 1989/90 zwar über Nacht erkämpfen, nicht aber über Nacht auch erlernen konnten. Gestern Untertan, heute Citoyen: was für ein Irrtum! Ohnmacht hatte sich in vielen Köpfen eingenistet. Ohnmacht nach Jahrzehnten totalitärer Diktatur, in denen die Grundrechte der Menschen beschnitten und das eigenverantwortliche Tun gelähmt war, in denen freie Wahlen ein ferner Traum bleiben mussten. So erklärt sich die wohl größte Herausforderung der Ostdeutschen im vereinten Land. Es galt, jahrzehntelange Selbstentfremdung zu überwinden, möglichst im Zeitraffer. Es galt, genau das zu tun, was vorher alles andere als erwünscht war: selbständig zu denken, selbständig zu handeln. Von Freiheit nicht nur zu träumen, sondern Freiheit in der Freiheit tatsächlich zu gestalten.

Trotz aller Schwierigkeiten: Millionen Ostdeutsche

haben den persönlichen Neuanfang gewagt und bewältigt, unter neuen Prämissen, in neuen Berufen oder an neuen Orten. Millionen haben die Brüche ihrer Biographien in Zukunft verwandeln können, haben Unternehmen gegründet und Verwaltungen demokratisiert, haben an Universitäten die freie Lehre und Forschung eingeführt, haben Vereine ins Leben gerufen, wo sich vorher der Staat für zuständig hielt. Millionen Menschen haben sich der fundamentalen Einsicht geöffnet: Neue Freiheit bietet neue Möglichkeiten, aber sie verlangt eben gleichzeitig die Übernahme neuer Verantwortung, auch Selbstverantwortung. Besonders diese Veränderungsleistung der Ostdeutschen war enorm. Sie wirkt bis heute nach.

Und genau an dieser Stelle möchte ich einmal Dank sagen all denen, die angepackt haben, die das gemacht haben, was sie vorher nie gelernt hatten: als ehren- oder hauptamtlicher Bürgermeister, als Abgeordneter, als Sekretär einer freien Gewerkschaft, als Verantwortlicher einer demokratischen Partei, als Minister, als Ministerpräsident, gar als Bundeskanzlerin – sie alle hatten niemals erwartet, zu tun, was sie dann taten. Wir schauen heute einmal auf sie alle – und sagen einfach „Danke“.

Zu denen, die ich eben aufgezählt habe, gehört auch mancher unserer Gäste. Ich sehe in der dritten Reihe jemanden aus der polnischen Nachbarschaft, Bogdan Borusewicz, heute Senatspräsident der Republik Polen. Damals aber, in der Zeit, über die ich eben gesprochen habe, als wir alle ganz woanders waren, da war er ein unbekannter Mann aus der Mitte des Volkes, der mutiger und früher angefangen hat als wir und der uns zusammen mit seinen Landsleuten motiviert hat, auch etwas zu wagen. Danke!

Meine Damen und Herren, die innere Einheit Deutschlands konnte vor allem wachsen, weil wir uns als zusammengehörig empfanden und weil wir in Respekt vor denselben politischen Werten gemeinsam leben wollten. Doch nun, da viele Flüchtlinge angesichts von Kriegen, von autoritären Regimen und zerfallenden Staaten nach Europa, nach Deutschland getrieben werden, nun stellt sich doch die Aufgabe der inneren Einheit neu. Wir spüren: Wir müssen Zusammenhalt wahren zwischen denen, die hier sind, aber auch Zusammenhalt herstellen mit denen, die hinzukommen. Es gilt, wiederum und neu, die innere Einheit zu erringen.

Diese Entwicklung hat vor 25 Jahren niemand ahnen können. Damals, nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime und dem Ende des Ost-West-Konflikts, sahen wir sehr optimistisch in die Zukunft.

Wir wähten uns sogar am Beginn einer neuen Epoche. Die Überlegenheit der Demokratie schien schlagend bewiesen, ihr weltweiter Siegeszug nur noch eine Frage der Zeit. Wir erinnern uns an Francis Fukuyama, den amerikanischen Politologen, der das „Ende der Geschichte“ verkündete. Mit ihm glaubten viele – auch ich – an eine gerechtere, friedliche und demokratische Zukunft.



Die Hoffnung auf eine solche Veränderung weltweit, sie ist jedoch zerstoßen. Statt weiterer Siege von Freiheit und Demokratie erleben wir vielerorts das Vordringen autoritärer Regime und islamistischer Fundamentalisten. Statt mit größerer Friedfertigkeit sind wir konfrontiert mit Terrorismus, mit Bürgerkriegen, imperialen Landnahmen und einer Renaissance von Geopolitik. Und die Gemeinschaft der Europäer, die vor 25 Jahren begann, Ost- und Westeuropa zusammenzuführen, sie findet sich nun mit der Euro-Rettung, auch hier und da mit Austrittsdiskussionen und vor allem mit der Bewältigung der Fluchtbewegungen mitten in einer Zerreißprobe.

Aber was heißt es nun, die innere Einheit wieder und neu zu erringen, wenn sich die Zusammensetzung der Bevölkerungen in kurzer Zeit so erheblich verändert? Wie schaffen es Staaten, wie schaffen es Gesellschaften, ein inneres Band zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen herzustellen? Und wie kann die Europäische Union Einvernehmen erreichen, wenn die Haltungen gegenüber Flüchtlingen noch so unterschiedlich sind?

Noch führt der Druck die europäischen Staaten nicht völlig zusammen. Allerdings zeigen die jüngsten Entscheidungen der Europäischen Union, dass die Einsicht wächst: Es kann keine Lösung in der Flüchtlingsfrage geben – es sei denn, sie ist europäisch. Wir werden den Zustrom von Flüchtlingen nicht verringern können – es sei denn, wir erhöhen unsere gemeinsamen

Anstrengungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Krisenregionen, sowie vor allem zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Und auch das müssen wir uns klar machen: Wir werden unsere heutige Offenheit nicht erhalten können – es sei denn, wir entschließen uns alle gemeinsam zu einer besseren Sicherung der europäischen Außengrenzen.



Die Gewissheit über diese gemeinsamen Aufgaben hebt jedoch die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten nicht automatisch auf. In den aktuellen Debatten offenbarten sich unterschiedliche Haltungen aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen. Wir erleben das ja schon bei uns, im wiedervereinigten Land, der Bundesrepublik Deutschland. Westdeutschland konnte sich über mehrere Jahrzehnte daran gewöhnen, ein Einwanderungsland zu werden – und das war mühsam genug: ein Land mit Gastarbeitern, die später Einwanderer wurden, mit politischen Flüchtlingen, Bürgerkriegsflüchtlingen und Spätaussiedlern. Für die Menschen im Osten war es doch ganz anders. Viele von ihnen hatten bis 1990 kaum Berührung mit Zuwanderern. Wir haben erlebt: Die Veränderung von Haltungen gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderern kann immer nur das Ergebnis von langwierigen – auch konfliktreichen – Lernprozessen sein. Diese Einsicht sollte uns nun auch Respekt vor den Erfahrungen anderer Nationen ermöglichen.

Wenn wir Deutsche uns an die „Das Boot ist voll“-Debatten vor zwanzig Jahren erinnern, dann erkennen wir, wie stark sich das Denken der meisten Bürger in diesem Land inzwischen verändert hat. Der Empfang der Flüchtlinge im Sommer dieses Jahres war und ist ein starkes Signal gegen Fremdenfeindlichkeit, Ressentiments, Hassreden und Gewalt. Und was mich besonders freut: Ein ist ein ganz neues, ganz wunderbares Netzwerk entstanden – zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Es haben sich auch jene engagiert, die selbst einmal fremd in Deutschland waren oder aus Einwandererfamilien stammen. Auf Kommunal-, Landes- wie Bundesebene wurde und wird Außerordentliches ge-

leistet. Darauf kann dieses Land zu Recht stolz sein und sich freuen. Und ich sage heute: Danke Deutschland!

Und dennoch spürt wohl fast jeder, wie sich in diese Freude Sorge einschleicht, wie das menschliche Bedürfnis, Bedrängten zu helfen, von der Angst vor der Größe der Aufgabe begleitet wird. Das ist unser Dilemma: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.

Tatsache ist: Wir tun viel, sehr viel, um die augenblickliche Notlage zu überwinden. Aber wir werden weiter darüber diskutieren müssen: Was wird in Zukunft? Wie wollen wir den Zuzug von Flüchtlingen, wie weitere Formen der Einwanderung steuern – nächstes Jahr, in zwei, drei, in zehn Jahren? Wie wollen wir die Integration von Neuankömmlingen in unsere Gesellschaft verbessern?

Wie 1990 erwartet uns alle eine Herausforderung, die Generationen beschäftigen wird. Doch anders als damals soll nun zusammenwachsen, was bisher nicht zusammengehörte. Ost- und Westdeutsche hatten ja dieselbe Sprache, blickten auf dieselbe Kultur zurück, auf dieselbe Geschichte. Ost- und Westdeutsche standen selbst in Zeiten der Mauer durch Kirchengemeinden, Verwandte oder Freunde in direktem Kontakt miteinander und wussten über die Medien voneinander Bescheid. Wie viel größere Distanzen dagegen sind zu überwinden in einem Land, das zu einem Einwanderungsland geworden ist. Zu diesem Land gehören heute Menschen verschiedener Herkunftsländer, Religionen, Hautfarben, Kulturen – Menschen, die vor Jahrzehnten eingewandert sind, und zunehmend auch jene, die augenblicklich und in Zukunft kommen, hier leben wollen und hier eine Bleibeperspektive haben.

Ähnlich wie bei den Zuwanderern seit den 1960er Jahren, aber wohl in größerem Ausmaß werden wir erleben: Es braucht Zeit, bis Einheimische sich an ein Land gewöhnen, in dem Vertrautes zuweilen verloren geht. Es braucht Zeit, bis Neuankömmlinge sich an eine Gesellschaftsordnung gewöhnen, die sie nicht selten in Konflikt mit ihren traditionellen Normen bringt. Und es braucht Zeit, bis alte und neue Bürger Verantwortung in einem Staat übernehmen, den alle gemeinsam als ihren Staat begreifen.

Wir befinden uns aktuell in einem großen Verständigungsprozess über das Ziel und das Ausmaß dieser neuen Integrationsaufgabe. So etwas ist in Demokratien auch verbunden mit Kontroversen – das ist normal. Aber meine dringende Bitte an alle, die mitdebattieren, ist: Lassen Sie aus Kontroversen keine Feindschaften entstehen.



ten entstehen. Jeder soll merken, wir debattieren, weil es uns um Zusammenhalt geht, um ein Miteinander, auch in der Zukunft.

Und wir nehmen aus unserer jüngeren Geschichte etwas mit, das wir niemals aufgeben dürfen: den Geist der Zuversicht. Wir haben nicht nur davon geträumt, unser Leben selbstbestimmt gestalten zu können, nein, wir haben es getan! Wir sind die, die sich etwas zutrauen.

Und so gestimmt fragen wir uns jetzt: Was ist denn das innere Band, das ein Einwanderungsland zusammenhält? Was ist es, das uns verbindet und verbinden soll? In einer offenen Gesellschaft kommt es nicht darauf an, ob diese Gesellschaft ethnisch homogen ist, sondern ob sie eine gemeinsame Wertegrundlage hat. Es kommt nicht darauf an, woher jemand stammt, sondern wohin er gehen will und mit welcher politischen Ordnung er sich identifiziert.

Gerade weil in Deutschland unterschiedliche Kulturen, Religionen und Lebensstile zuhause sind, gerade weil Deutschland immer mehr ein Land der Verschiedenen wird, braucht es eine Rückbindung aller an unumstößliche Werte – einen Kodex, der allgemein als gültig akzeptiert wird.

Ich erinnere mich noch gut, welche Ausstrahlung die westlichen Werte bei uns in der DDR und in anderen Staaten des ehemaligen Sowjetblocks besaßen. Wir sehnten uns nach Freiheit und Menschenrechten, nach Rechtsstaat und Demokratie. Diese Werte, obwohl im Westen entstanden, sind zur Hoffnung für Unterdrückte und Benachteiligte auf allen Kontinenten geworden. Die Demokratie hat zwar seit 1990 keinen weltweiten Siegeszug angetreten, aber ihre Werte sind weltweit präsent, werden zunehmend nicht mehr als westlich, sondern als universell bezeichnet und verstanden. Und das ist richtig so.

Doch nicht immer und nicht überall vermögen sie jeden zu überzeugen, übrigens auch nicht bei uns. Wir wissen, dass selbst im Westen die eigenen Werte verletzt wurden und gelegentlich auch werden. Aber damit sind

doch nicht die Werte diskreditiert, sondern diejenigen, die sie verraten.

Und diese, unsere Werte, sie stehen nicht zur Disposition! Sie sind es, die uns verbinden und verbinden sollen, hier in unserem Land. Hier ist die Würde des Menschen unantastbar. Hier hindern religiöse Bindungen und Prägungen die Menschen nicht daran, die Gesetze des säkularen Staates zu befolgen. Hier werden Errungenschaften wie die Gleichberechtigung der Frau oder homosexueller Menschen nicht in Frage gestellt und die unveräußerlichen Rechte des Individuums nicht durch Kollektivnormen eingeschränkt – nicht der Familie, nicht der Volksgruppe, nicht der Religionsgemeinschaft. Und vor diesem Hintergrund gewinnt der Satz, den wir alle kennen – Toleranz für Intoleranz darf es nicht geben – seine humane Basis. Und noch etwas: Es gibt in unserem Land politische Grundentscheidungen, neben den eben angesprochenen, die ebenfalls unumstößlich sind. Dazu zählt unsere entschiedene Absage an jede Form von Antisemitismus und unser Bekenntnis zum Existenzrecht von Israel.

Wir kennen keine andere Gesellschaftsordnung, die dem Individuum so viel Freiheit, so viele Entfaltungsmöglichkeiten, so viele Rechte einräumt wie die Demokratie. Sie mag mangelhaft sein, aber wir kennen keine andere Gesellschaftsordnung, die im Widerstreit von Lebensstilen, Meinungen und Interessen zu so weitgehender Selbstkorrektur fähig ist. Wir kennen auch keine Gesellschaftsordnung, die sich so schnell neuen Bedingungen anzupassen und zu reformieren vermag, weil sie – wie Karl Popper einmal sagte – auf einen Menschen baut, „dem mehr daran liegt zu lernen, als recht zu behalten“.

Für eben diese Werte und für diese Gesellschaftsordnung steht die Bundesrepublik Deutschland. Dafür wollen wir auch unter den Neuankömmlingen werben – nicht selbstgefällig, aber selbstbewusst, weil wir überzeugt sind: Dieses Verständnis, kodifiziert im Grundgesetz, ist und bleibt die beste Voraussetzung für das Leben, nach dem gerade auch Menschen auf der Flucht streben. Ein Leben – wie es in unserer Nationalhymne heißt – in Einigkeit und Recht und Freiheit.

Impressionen aus dem Wahlkreis



**Tag der Heimat vom BdV in Biebesheim
13.09.15**



**CDU-Landesfachausschusses Netzpolitik
mit STS Mark Weinmeister 04.09.15**



**Europaausschuss des Hessischen
Landtags in Brüssel 15.09.15**



**Besuch der CDU-Jahreshauptver-
sammlung in Rüsselsheim 19.09.15**



**21. Ordentlicher Landesverband-
stag 2015 Abschlusskundgebung
der VdK in Neu Isenburg 12.09.15**



Altstadtfest Kelsterbach mit OB Patrick Burghardt, Bürgermeister Manfred Ockel und Brigitte Pils 11.09.15



Ausstellung „Landwirtschaft in Kelsterbach von 1920 bis heute“



Kerwebosch Kelsterbach mit Uwe Albert 05.09.15



Weinfest in Nauheim 25.09.15



Kinder- und Jugendparlament in Nauheim 20.09.15





Am Stand vom RVB Radfahrverein bei der Kerwe in Bischem 04-07.09.15



Bierzapfen mit Ingo Kalweit beim SV07-Stand bei der Kerwe in Bischofsheim 04-07.09.15



Tag der Vereine in Bischofsheim 20.09.15



Eröffnung des Radwegstegs am Opelhafen 20.09.15





25 Jahre Wiedervereinigung in Rüsselsheim mit Norbert Blüm 25.09.2015



Bundesdelegiertentag der Frauenunion in Kassel 26.09.15



Vorstand Lebenshilfe Hessen 24.09.2015



Airport Garden in Raunheim 02.09.15



STM Peter Beuth und Helga Oehne und Bürgermeister Jühe 02.09.15



STM Peter Beuth mit Otto Müller und Wolfgang Becker 02.09.15



Charity Walk der Ahmaddiya Gemeinde in Ginsheim-Gustavsburg mit Preisübergabe unter anderem mit Bürgermeisterkandidat mit Thies Puttnins-von Trotha 06.09.15



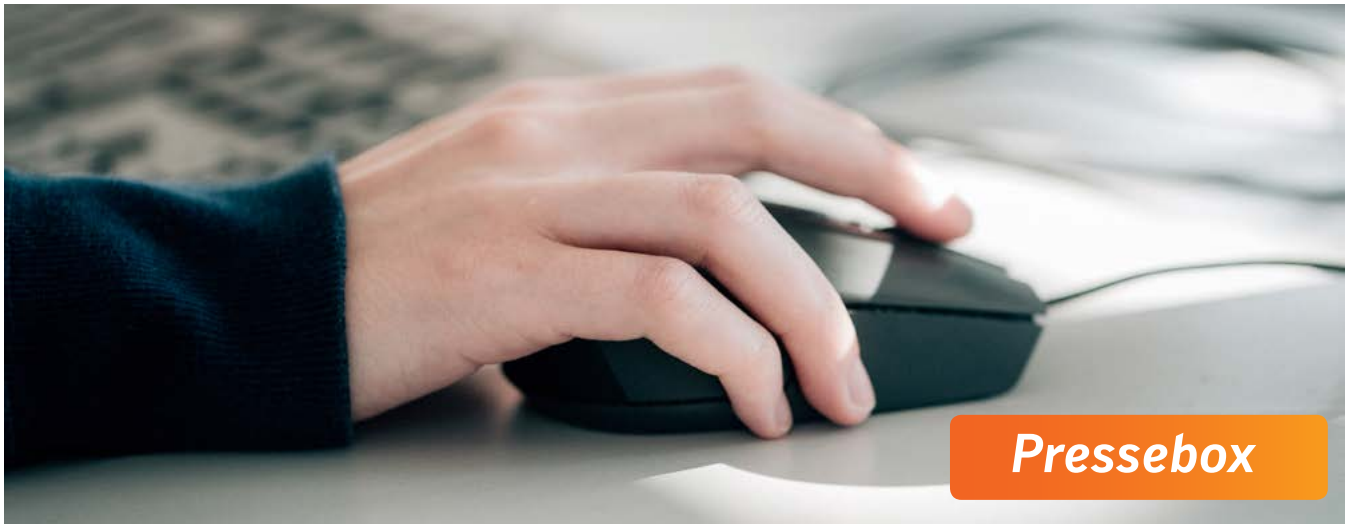
Tag der Feuerwehr Ginsheim-Gustavsburg 27.09.15



Einheitsmännchen 03.10.15



Musical-Gala des Erzgebirgischen Heimatvereins mit Danny Kunkel und Bürgermeister Jan Fischer 19.09.15



Pressebox

Übergabe einer Zuwendung für den Einsatzleitwagen 1 an die Stadt Raunheim durch Staatsminister Beuth

[weiter...](#)

Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik

[weiter...](#)

Hessens Ministerpräsident Bouffier fordert deutliche Beschleunigung der Asylverfahren vom Bund

[weiter...](#)

Lebenshilfe froh über Ausbau der Elsa-Brändström-Allee

[weiter...](#)

Informationen zum Gipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik vom 24. September 2015

[weiter...](#)

Impressum: v.i.S.d.P.

Sabine Bächle-Scholz MdL

Hessischer Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

s.baechle-scholz@ltg.hessen.de



CDU HESSEN

sabine-baechle-scholz.de